

Landi
APPENZELL
Hoferbad 4
3050 Appenzell
Telefon 071 788 89 05
www.landiappenzell.ch

Lagerkartoffeln
diverse Sorten
15 kg
Fr. 12.90

LANDI...
angenehm
anderst!

APPENZELLER VOLKSFREUND

OBeregger Anzeiger

Innerrhoder Zeitung / Amtliches Publikationsorgan

Rechnungsformulare
mit Einzahlungsschein
ab Lager



Auf Wunsch auch mit ihrem Logo

BRUCKEREI
APPENZELLER
VOLKSFREUND

Tel. 071 788 30 00 Fax 071 788 30 13



Inhalt

Seite 3

Spezialbelag

Zur Gestaltung des Vorplatzes und des Gartens hat das Hotel Hof Weissbad einen Wettbewerb ausgeschrieben. Gewonnen wurde er von der Firma «raderschall» in Meilen.

Seite 3

Recycling-Kunststoff

Hochwertige Rohstoffe aus «zweiter Hand» bestimmen das Produktportfolio der Minger Kunststofftechnik AG, die sich auf das Kunststoffrecycling von sortenreinen und sauberen Industrieabfällen spezialisiert hat.

Seite 9

Leistungsabbau

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) will in der Arbeitslosenversicherung (ALV) mehr Leistungen kürzen als Bundesrat und Ständerat. Vor allem jungen Arbeitslosen droht damit im Rahmen der 4. ALV-Revision ein deutlicher Leistungsabbau.

Seite 10

Terror-Gefahr

Immer mehr Islamisten aus Deutschland lassen sich in Terrorcamps der Al Kaida paramilitärisch ausbilden und kehren danach in die Bundesrepublik zurück.



Langhaarige Appenzeller Ziege im Aufschwung

Über 40 Bauern haben gestern Mittwoch ihre rund 400 Geissen und Böcke an die Ziegenschau auf den Brauereiplatz in Appenzell gebracht. Die Qualität der Tiere war sehr gut und auch in Sachen Quantität ist die Züchtung der langhaarigen Appenzeller Ziege seit ein paar Jahren

wieder im Aufschwung. Für die meisten Bauern ist die Ziegenhaltung zwar immer noch eher ein Hobby. Sie lieben ganz einfach das Appenzeller Brauchtum und da gehören diese schönen Tiere halt unbedingt dazu. Aber auch die Verwertung dieser Nutztiere entwickelt sich immer

erfreulicher. Gitzfleisch gehört ja schon lange zum traditionellen, allerdings ziemlich gehobenen Speisezettel im Appenzellerland. Aber auch Produkte aus Geissmilch werden immer beliebter. Ziegenkäse bietet nicht nur eine angenehme Abwechslung zum Käse aus Kuhmilch, er

bildet auch eine willkommene Alternative für diejenigen, die Kuhmilch nicht vertragen. Von der Zusammensetzung her ist Ziegenmilch am nächsten an der Muttermilch, wie die Fachleute betonen, deshalb kann sie auch gut bei Säuglingen eingesetzt werden. (Bild: Toni Dörig)

In Kürze

Unterkunft: Nach dem Willen der US-Regierung sollen künftig nicht mehr alle aufgegriffenen illegalen Einwanderer in Gefängnissen festgehalten werden. Vor allem Kinder und Familien sollen bis zur Abschiebung in umgebauten Hotels oder ähnlichen Gebäuden untergebracht werden.

Razzia: EU-Ermittler haben am Dienstag mehrere Pharmahersteller durchsucht. Betroffen war unter anderem die Novartis-Tochter Sandoz in Frankreich. Die EU-Kommission vermutet, dass in der Branche nicht erlaubte Absprachen getroffen wurden. Namen der betroffenen Unternehmen nannten die Wettbewerbshüter nicht.

Maut: Die EU-Kommission will ein einheitliches System einführen, um künftig Strassengebühren zu erfassen. Verkehrskommissar Antonio Tajani erhofft sich davon weniger Staus bei den Zahlstellen. Der einheitliche, elektronische Mautdienst (EETS) soll in drei Jahren für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen und Personenwagen zur Beförderung von mehr als neun Personen (inklusive Chauffeur) zur Verfügung stehen.

Nobelpreis für Chemie: Der Chemie-Nobelpreis geht in diesem Jahr an die beiden Amerikaner Venkatraman Ramakrishnan und Thomas A. Steitz sowie die Israelin Ada E. Yonath. Sie werden für ihre Forschung zur Struktur und Funktion des Ribosoms geehrt. Der Preis für Chemie ist traditionell der dritte von insgesamt fünf. Die Auszeichnungen für Literatur und Frieden folgen heute und morgen. Jede einzelne ist mit zehn Mio. Kronen (1,09 Mio. Euro) dotiert.

Deutsche Krankenkassen sind klamm

Den deutschen Krankenkassen fehlen im kommenden Jahr voraussichtlich 7,45 Milliarden Euro zur Deckung ihrer Ausgaben.

(AP) Dies erfuhr die Nachrichtenagentur AP am Dienstagabend aus dem Schätzerkreis der gesetzlichen Krankenversicherung in Bonn. Die Experten erwarten schwache Einnahmen im Gesundheitsfonds bei deutlich steigenden Ausgaben. Deshalb werden viele Kassen wohl bald teurer: Millionen Mitglieder müssen sich auf Zusatzbeiträge einstellen.

Zusatzbeiträge von Mitgliedern

Die Krankenkassen waren mit einer noch ungünstigeren Prognose in die Sitzung des Schätzerkreises gegangen: Sie hatten von bis zu neun Milliarden Euro Fehlbetrag gesprochen. Das Gesundheitsministerium hielt dies für überzogen. Die offizielle Schätzung liegt nun nahe an der Erwartung der Kassen.

Die Differenz zwischen den Einnahmen im Gesundheitsfonds und ihren tatsächlichen Ausgaben müssen die 186 Kassen aus

anderen Quellen decken. Einige haben Rücklagen – insgesamt sind es nach Angaben des Gesundheitsministeriums etwa fünf Milliarden Euro, allerdings ungleich verteilt. Die übrigen müssten Zusatzbeiträge bei ihren Mitgliedern erheben, falls die künftige Bundesregierung nicht den allgemeinen Beitragssatz von 14,9 Prozent erhöht oder weitere Steuermittel für den Fonds lockert. Beides gilt als unwahrscheinlich.

Dramatische Zahlen

Die neuen Zahlen dürften die Reformdebatte zwischen Union und FDP in den Koalitionsverhandlungen anheizen. FDP-Experte Daniel Bahr sagte im ZDF-Morgenmagazin, die Union solle vorbehaltlos über den Fonds diskutieren. Die Fehlbeträge seien dramatisch und der Fonds «schon im Startjahr pleite». Die FDP will den Fonds «rückabwickeln» und die Krankenversicherung drastisch umbauen. Sie plant eine Abkoppelung vom Arbeitsverhältnis und «leistungsgerechte Prämien» wie in der Privatversicherung.

Über 2 Mio. Tote wegen Waffenhandel

Mehr als zwei Millionen Menschen sind nach Angaben der britischen Hilfsorganisation Oxfam in den vergangenen drei Jahren als direkte oder indirekte Folge bewaffneter Konflikte getötet worden.

(sda/afp) Zusammen mit elf anderen Organisationen der zweiten Kampagne «Waffen unter Kontrolle» beklagt Oxfam überdies, dass es in diesem Zeitraum in Folge der Konflikte dutzende Millionen Verletzte, Vertriebene und Verarmte gab.

Im Dezember 2006 sei die internationale Gemeinschaft übereingekommen, dass es eine Regulierung des Waffenhandels geben müsse. Doch die Verhandlungen kämen nur im «Schneckentempo» voran. Die Organisationen appellierten anlässlich der diesen Monat beginnenden Gespräche über einen Waffenhandelsvertrag an die Regierungen, rasch zu einer Einigung zu gelangen.

Kantone zweifeln am «goldenen dritten Weg»

Die Kantone zweifeln daran, dass in der Beziehung zur EU für die Schweiz ein Rahmenabkommen der «goldene dritte Weg» ist. Dies sagt Lorenz Bösch, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

(sda) Es gebe zwei Alternativen zum bilateralen Weg, so Bösch: «Wir können versuchen, mit dem Status quo, mit den bisher ausgehandelten Verträgen, so gut wie möglich zu leben.» Oder die Schweiz fasse einen EU-Beitritt ins Auge. Ob aber ein Rahmenvertrag der goldene dritte Weg sei, werde von den Kantonen sehr skeptisch beurteilt.

Verschiedene Erwartungen

Die Idee eines Rahmenabkommens kommt seit Jahren immer wieder zur Sprache, wenn es um die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU geht. Gegen den Widerstand der SVP schrieben die eidg. Räte 2008 die Verhandlungen über ein solches Rahmenprogramm in die Legislaturplanung 2007-2011.

Aussenministerin Micheline Calmy-Rey brachte das Abkommen letzte Woche bei den Erläuterungen zum jüngsten Aussenpolitischen Bericht des Bundesrates zur Sprache. Sie stelle sich vor, dass in einem solchen Abkommen gewisse Prinzipien fixiert würden zur Übernahme, aber auch zur Mitgestaltung von EU-Recht.

Steuerstreit ungelöst

Zum Steuerstreit erklärt Bösch, das Problem sei noch nicht gelöst. «Wir warten auf einen Positionsbezug der EU-Länder zu unseren Absichten im Bereich der Unternehmenssteuerreform III.» Wenn Finanzminister Hans-Rudolf Merz sage, Bund und Kantone wollten die Kontroverse über den Steuerstreit mit der EU noch in diesem Jahr beenden, «ist das gut».

Seit Monaten ist die von der EU als ungerecht empfundene kantonale Unternehmensbesteuerung ein Thema. Offizielle Verhandlungen dazu finden aber zwischen der Schweiz und der EU nicht statt.